Zeitschrift: St. Galler Schreibmappe
Band: 25 (1922)

Artikel: Die Schweiz im Jahre 1921
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-948010

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

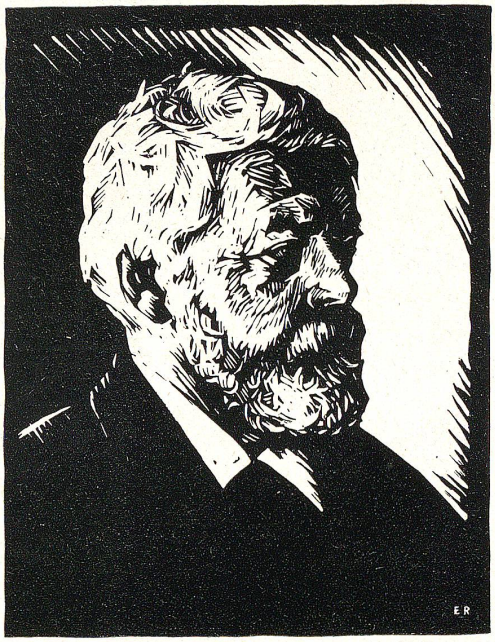
Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DIE SCHWEIZ IM JAHRE 1921.

Das abgelaufene Jahr war das schwerste, das wir seit der Kriegszeit erlebt haben. Es stand im Zeichen einer stetig sich verschärfenden Wirtschaftskrise, die zum Teil auf mondiale Depressionserscheinungen, auf den gestörten Blutkreislauf der Weltwirtschaft, zum Teil aber auf das Mißverhältnis der Kaufkraft des Schweizerfrankens zum inneren Wert der meisten ausländischen Währungen zurückzuführen ist. Die hohe Valuta, der relative Reichtum, ist unserer nationalen Volkswirtschaft zum Verhängnis geworden. Einerseits erschwerte, ja verunmöglichte sie den Absatz der Produkte unserer wichtigsten Exportindustrien; die Folge war eine Arbeitslosigkeit in unerhörtem Umfange, die von der Öffentlichkeit gewaltige Opfer forderte und die ohnedies schwer hergenommenen Finanzen von Bund, Kantonen und Gemeinden mit neuen großen Ausgaben belastete. Umgekehrt waren die Länder mit niedriger Valuta in der Lage, unseren inländischen Industrien und Gewerben eine teilweise ruinöse Konkurrenz zu bereiten, ganz abgesehen von den Einkäufen, die von den vielen ins Ausland reisenden Schweizern gemacht wurden. Auch in diesen Erwerbsgruppen drohte Arbeitslosigkeit als Konsequenz der anormalen Verhältnisse. Immer lauter ertönte der Ruf nach Verbilligung der Produktion; aber diese verlangte einen Lohnabbau, der seinerseits ohne vorausgehenden Preisabbau einer Verarmung des Volkes gleichkäme und deshalb nicht zu verantworten wäre. Tatsächlich gingen ja die Preise verschiedener Waren im Verhältnis zu den Rekordziffern der vorangegangenen Jahre bereits etwas zurück; aber gerade bei wichtigen Lebensmitteln und Bedarfsartikeln war kein oder ein nur ungenügendes Fallen der Preise zu spüren, wie denn im allgemeinen die Teuerung gegenüber dem Stande der Vorkriegszeit im Durchschnitt immer noch reichlich 100 Prozent betragen dürfte. Insbesondere setzten die Führer der Landwirtschaft dem Verlangen der anderen Wirtschaftsgruppen nach einer wesentlichen Verbilligung der Milch und der Milchprodukte einen hartnäckigen Widerstand entgegen; der viel zu langsame Abbau der Kriegsmonopole war ein weiteres retardierendes Moment des Preisabbaues. Es ist klar, daß der Komplex dieser wirtschaftspolitischen Fragen das Volk intensiv beschäftigt und dem verflossenen Jahre die Signatur gegeben hat. Daß der Bundesrat den Vorschlag, unsere überwertige Valuta durch eine Noteninflation künstlich zu verschlechtern und dadurch dem Stande des ausländischen Geldes näher zu bringen, konsequent abgelehnt hat, ist von allen einsichtigen Kreisen begrüßt worden; weniger einhellig war die Zustimmung zu den Zollerhöhungen und Einfuhrbeschränkungen, die er zum Schutze der inländischen Produktion als geboten erachtete. Schon zu Beginn des Jahres, als Bundespräsident Schultheß erstmals im Parlament seinen Entschluß bekannt gab, wurde in Presse und Ratssaal die ernste Mahnung laut, von solchen außerordentlichen Maßnahmen, die ein zweischneidiges Schwert bedeuten, einen weisen und vorsichtigen Gebrauch zu machen. Die Bundesversammlung ließ sich nur zu rasch mit der Zusicherung beruhigen, daß auf den für die inländische Industrie und Landwirtschaft erforderlichen Stoffen und auf den zum Lebensbedarf notwendigen Gegenständen keine oder nur unbedeutende Zollerhöhungen vorgenommen werden sollen, und erteilte durch dringlichen Bundesbeschluß der Regierung die von ihr verlangten Vollmachten. Als dann aber der provisorische Gebrauchstarif bekannt wurde und am 1. Juli in Kraft trat, sahen sich große Teile des Schweizervolkes in ihren Erwartungen bitter enttäuscht. Konsumenten, Exportindustrie und Arbeiterschaft hatten die Überzeugung, daß der Bundesrat, dem Rate einiger weniger folgend, viel zu einseitig auf die Interessen der Landwirtschaft, des Gewerbes und der Inlandsindustrien Rücksicht genommen und die verfassungsmäßigen Grundlagen unserer Handelspolitik zu wenig gewahrt habe. In St. Gallen, dem Zentrum einer schwer bedrohten Exportindustrie, regte sich die Opposition besonders stark. Die freisinnig-demokratische Partei verlangte die materielle Revision des Tarifes, und Volksversammlungen, die von einem zwischenparteilichen Volkskomitee einberufen worden waren, gestalteten sich zu Massenkundgebungen gegen die offizielle Wirtschaftspolitik. Die Antwort der Anhänger des Zolltarifes bestand in einer Reihe ähnlicher Demonstrationen, deren größte in Winterthur abgehalten wurde. In der Herbstsession des Nationalrates kam es zu einer langen Redeschlacht, die mit einem Erfolge der bundesrätlichen Politik endigte, nachdem immerhin vorher einige materielle Zugeständnisse an die Opposition gemacht worden waren.



E. Rupprecht

Alt-Bundesrat L. Forrer †

Unter der schweren wirtschaftlichen Krise haben insbesondere auch die Bundesbahnen zu leiden, bei denen eine durchgreifende Verwaltungsreform zur unabweisbaren Notwendigkeit wird. Die Initiative Dr. Schwendener beschleunigte ohne Zweifel die Behandlung dieses Problems, das dann am schweizerischen freisinnig-demokratischen Parteitag in Luzern eingehend diskutiert wurde. Leider entspricht das Projekt, das die Zustimmung des Gesamtbundesrates und später auch der Mehrheit der nationalrätlichen Kommission gefunden hat, in keiner Weise den Erwartungen, die von den Befürwortern einer großzügigen Reform gehegt wurden. Für St. Gallen ist der Entwurf auch wegen der darin vorgesehenen Wegnahme der Kreisdirektion IV unannehmbar.

Während der derzeitige Chef des Eisenbahndepartementes seinen Namen mit dem stark umstrittenen Entwurfe der Verwaltungsreform verknüpft hat, trägt die Lex Häberlin die Bezeichnung ihres Vaters, des eidgenössischen Justiz- und Polizeidirektors. Sie will an Stelle der vom Bundesrat mit Recht abgelehnten Schutzhaft-Initiative eine den heutigen Verhältnissen angepaßte Revision des Bundesstrafrechtes, die freilich den Anhängern des Umsturzes nicht paßt und von ihnen als „Maulkratten- und Zuchthausgesetz" verschrien wird.

Im Bundesrat sind dieses Jahr keine personellen Änderungen erfolgt. Wohl aber verschied ein Mann, der viele Jahre als Mitglied der obersten Exekutive dem Lande gedient und seine letzten Jahre als Direktor des internationalen Eisenbahnamtes verbracht hat: alt-Bundesrat Dr. Ludwig Forrer. Er darf als Vorbild eines republikanisch-schlichten Staatsmannes und eines überzeugungstreuen Politikers bezeichnet werden und wird als solcher im Andenken des Schweizervolkes fortleben.

Am 30. Januar wurde die Militärjustiz-Initiative, die sich als sozialistischer Ansturm gegen ein Bollwerk der Armee qualifizierte, vom Schweizervolke mit rund Zweidrittelsmehrheit verworfen; nur drei Stände (Tessin, Neuenburg und Genf) nahmen sie an. Die Spekulation der äußersten Linken auf die durch die lange Mobilisationszeit genährte Militärverdrossenheit scheiterte am patriotischen Sinne der Volksmehrheit. Dagegen fand die von den Räten akzeptierte und von keiner Partei offiziell be-

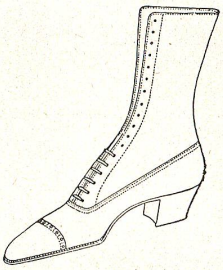
kämpfte Staatsvertrags-Initiative, die eine Erweiterung der Volksrechte auf dem Gebiete der auswärtigen Politik bezweckte, am gleichen Tage die Zustimmung des Volkes und der Stände.

Der Bundesrat selbst hatte während des verflossenen Jahres in seiner Auslandspolitik nicht immer eine glückliche Hand. Das zeigte sich besonders in der Frage des Truppendurchzuges, die zu einem Zwischenfall mit dem Völkerbundsrate führte. Kraft der in der Londoner Erklärung garantierten militärischen Neutralität hätte der Bundesrat zweifelsohne die rechtliche Möglichkeit gehabt, die Anfrage grundsätzlich verneinend zu beantworten, und nach der Auffassung weiter Volkskreise, die nicht bloß aus Völkerbundsgegnern sich rekrutierten, hätte er von dieser Fakultät unter allen Umständen Gebrauch machen sollen. Er zog es jedoch vor, in der Weise einen Mittelweg einzuschlagen, daß die Durchlassung der Truppen nicht prinzipiell, sondern bloß im konkreten Falle verweigert wurde. Vor dem Völkerbundsrate in Paris, wo Minister Dunant und Professor Huber den Standpunkt der Schweiz vertraten, fand der Zwischenfall durch Abgabe gegenseitiger, in verbindlicher Form gehaltener Erklärungen seine formelle Erledigung; doch konnte man sich leider nicht verhehlen, daß mehr der Verzicht auf die Volksabstimmung in Wilna und damit auf den Truppentransport als eine befriedigende Abklärung der prinzipiellen Frage den harmonischen Ausgang ermöglicht hat.

Viel Unannehmlichkeiten bereitete uns im verflossenen Jahre der Aufenthalt des Ex-Kaisers Karl. Nach dem mißglückten Osterausflug, der bereits einem Vertrauensmißbrauch gegenüber dem asylgewährenden Lande gleichkam, ließ sich der Bundesrat im Interesse des europäischen Friedens bewegen, den zurückgebrachten Flüchtling neuerdings provisorisch auf Schweizerboden zu dulden. Die Angelegenheit hatte auch eine starke innerpolitische Rückwirkung, indem die katholisch-konservative Presse sich besonders eifrig des „rechtmäßigen Königs von Ungarn" annahm, während wohl der größere Teil des Schweizervolkes die Anwesenheit dieses ehemaligen, nach der alten Macht strebenden Monarchen mit steigender Besorgnis beobachtete. Die Interpellationen Grimm und Bossi trugen diese verschiedenen Strömungen auch in das Parlament. Unterdessen erfreute sich Karl in Hertenstein, wo er seit dem ersten Abenteuer Wohnsitz genommen hatte, mit seinem „Hofstaat" einer sehr angenehmen und privilegierten Behandlung von Seite der Behörden. Da die von ihm angekündigte freiwillige Abreise nicht möglich war, weil ihm angeblich kein anderes Land offen stand, wurde die Aufenthaltsbewilligung verlängert, und sie wäre vielleicht sogar zu einer definitiven geworden, wenn Karl seine Sehnsucht nach dem Throne etwas länger bemeistert hätte. Die zweite, mit einem Flugzeug unternommene Flucht Karls nach Ungarn schreckte den Bundesrat jäh aus seiner Vertrauensseligkeit auf. Jetzt rückte er endlich entschieden von dem Ex-Kaiser ab, ihn des Wortbruches anklagend und die Türe des Schweizerhauses verschließend. Das rasche Ende des Putsches und die Deportation des früheren Herrscherpaares auf die Insel Madeira ersparten auch der Schweiz allerlei unliebsame Möglichkeiten.

In der Zonenfrage, die nach Notenwechsel und Konferenzen schließlich zum Abschluß eines Vertrages mit Frankreich führte, suchte der Bundesrat nach besten Kräften und so lange als möglich die schweizerische Rechtsauffassung zu vertreten, fand aber bei dem auf den Machtstandpunkt pochenden westlichen Nachbarn wenig Entgegenkommen. Die „Verständigung", gegen die sich in Genf starke Opposition geltend macht, erfolgte auf Kosten der Schweiz, indem Frankreich sogar den Vorschlag einer schiedsgerichtlichen Erledigung des Konfliktes abwies und die Verlegung der Zollgrenze an die politische Grenze durchsetzen konnte. Die dafür gebotenen wirtschaftlichen Kompensationen, deren Wert übrigens etwas problematisch ist, können niemals als Äquivalent für diesen Verlust eines unbestreitbaren Rechtsanspruches betrachtet werden. Der einzige Erfolg des Bundesrates bestand

Cousins Shoes
made in New-York
for women



Für die elegante Welt
elegante Schuhwaren!

Alle unsere Modelle sind
schick und vornehm

Schuhhaus zum Bischoff
Flügel & Rutishauser

darin, daß er das ſchiedsgerichtliche Verfahren wenigſtens für die Interpretation des Vertrages retten konnte.

Die Politik Frankreichs erſchwerte auch die Tätigkeit der Schweiz im Völkerbund, wie deſſen poſitive Arbeit überhaupt. Unſere Delegation wirkte trotzdem rege an den Verhandlungen der zweiten Völkerbundsverſammlung im Sinne der Gerechtigkeit und des Friedens mit und wehrte ſich überdies auch gegen die Beſtrebungen, die nach einer Verlegung des Sitzes tendierten. Durch die Ernennung Adors zum Ehrenpräſidenten des Weltparlaments und durch die Wahl Profeſſor Hubers zum Mitgliede des internationalen Gerichtshofes wurden die Verdienſte zweier hervorragender Eidgenoſſen vom Völkerbund in einer Weiſe gewürdigt, die dem ganzen Lande zur Ehre gereichte. Man darf ſich freilich nicht verhehlen, daß die Begeiſterung für die Liga der Nationen, von der viele einen ſtärkeren Einfluß auf die Politik Europas erwartet haben, im Schweizervolk etwas abgeflaut iſt, und es bedarf einer umfaſſenden und ſyſtematiſchen Aufklärungsarbeit von Seite der ſchweizeriſchen Vereinigung für den Völkerbund, um die Sympathien für dieſe hohe Sache nicht untergehen zu laſſen. Eine ſolche unvermeidliche Werbearbeit iſt umſo notwendiger, als im „Bund für die Unabhängigkeit der Schweiz" eine Art Gegenorganiſation gegründet wurde; er beſtreitet zwar, völkerbundsfeindliche Tendenzen zu verfechten, umfaßt aber in der Hauptſache doch jene Perſönlichkeiten, die gegen den Eintritt unſeres Landes in den Völkerbund aufgetreten ſind. Für die Beurteilung des Völkerbundes darf nicht vergeſſen werden, was Ständerat Ulſteri in ſeinem Vortrage in Zürich mit Recht ſagte: „Dem Völkerbund wird, wie jedem großen Geſchehnis, eine langſame Entwicklung beſchieden und auch vor Rückſchlägen wird er nicht gefeit ſein. Jede Gemeinſchaft geht dieſen Weg, Schritt vor Schritt, vom leichtern zum ſchwerern. Der Ungeduld der Kritik ſetzen wir das Vertrauen entgegen, denen Recht, Menſchlichkeit und Kultur heilig ſind.

Für den Kanton St. Gallen war 1921 ein Wahljahr, voll von Kämpfen und lebhaften politiſchen Auseinanderſetzungen, wie ſie jeweilen eine Neubeſtellung der kantonalen und kommunalen Behörden zu begleiten pflegen. In den Regierungsrat war, freilich nicht unbeſtritten, kurz vor der Jahreswende Emil Grünenfelder, Advokat, von Flums, an Stelle des verſtorbenen Herrn Schubiger gewählt worden. Ein früheres Mitglied des Regierungsrates, Johann Hauſer, ſtarb im Laufe des Jahres und hinterließ das Andenken eines liebenswürdigen, rhetoriſch begabten Magiſtraten. Außer den Wahlen lieferten einige Volksabſtimmungen Stoff für die politiſche Diskuſſion. Am 20. Februar wurde die Verfaſſungsreviſion über die Mitgliederzahl des Großen Rates (Schweizerbürger-Initiative) mit einer Mehrheit von etwa 1700 Stimmen angenommen und damit die Stadt in ihrem Vertretungsverhältnis unbilligerweiſe verkürzt; der gleiche Tag brachte anderſeits eine wuchtige Niederlage des Ruhetagsgeſetzes. In einer weitern Doppel-Abſtimmung vom 4. September wurde die Verfaſſungsreviſion über die Organiſation der Kirchgemeinden angenommen, diejenige über Stimmrecht und Wahlfähigkeit dagegen mit Zweidrittelsmehrheit verworfen.

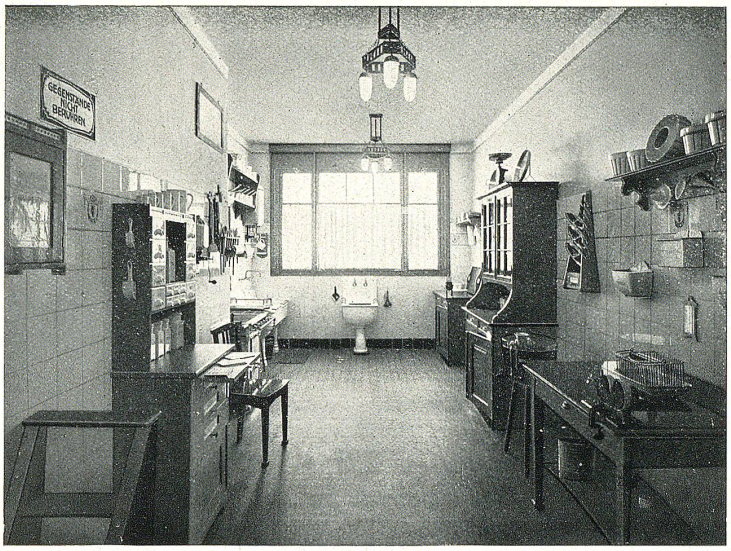
Möge das kommende Jahr mit einer beſſern wirtſchaftlichen und politiſchen Bilanz in Bund und Kanton abſchließen! Von den Behörden hoffen wir, daß ſie einig gehen mit den ſchönen Worten, die Albert Maunoir, Präſident des Genfer Großen Rates, bei der Vereidigung des Staatsrates an das Volk gerichtet hat: «Nous venons vous demander de vous intéresser constamment à la chose publique, d'appuyer vos magiſtrats de votre sympathie et de leur dire toujours franchement à côté des éloges qu'ils méritent, les critiques que vous pouvez avoir à leur adresser. Dans une démocratie comme la nôtre, nous devons être près de nos électeurs, travailler avec le peuple et pour le peuple».

E. F.

Komplette Küchen-Einrichtungen · Haushaltungs-Artikel

Moderne Küchen-Einrichtungen, die ich als Spezialität in einfacher bis feinster Ausführung liefere

Kristall Porzellan und feine Metall-Waren



In Haushaltungs-Artikeln aller Art bin ich aufs reichhaltigste assortiert. Mässige Preise.

Bestecke Tafel- Kaffee- Wasch- Service

Gegründet i. J. 1866
41 Speisergasse

W. BION'S Wwe.

Telephon No. 810
Speisergasse 41

PAUL SCHLATTER'S SÖHNE

Gebrauchs- und Luxusgegenstände in Kristall, Fayence und Porzellan

Marktgasse No. 20 **ST. GALLEN** Telephon No. 391

NEUE AUSSTELLUNGSRÄUME IN UNSERM GESCHÄFTSHAUSE **MARKTGASSE 20**

Tafel- und Kaffee-Service, Mokka-Tassen
in Porzellan und Fayence

Fein versilberte **Metallwaren und Bestecke**

Tafelgeräte in Messing und Nickel :: Servierbretter
Schreibtischgarnituren :: Elektrische Lampen

Bronze- und Marmor-Figuren

Reichhaltige Auswahl in Blumenvasen

Spezialität: Reich geschliffenes Kristall